

Ausstellung über das Kulturwunder der DDR

Margit Jung: Ende der 80er Jahre weltweit einmalige Dichte an Kulturhäusern

Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (LINKE) hat am 23. August die Ausstellung „Das Kulturwunder im Osten Deutschlands“ im Zwischen-gang des Funktionsgebäudes im Landtag eröffnet. Die Ausstellung beleuchtet die auffallende Dichte an Kulturhäusern in der ehemaligen DDR.

Mit der Ausstellung über die Kulturhäuser in der DDR, die noch bis zum 17. September zu sehen ist, begleitet der Thüringer Landtag den Tag des offenen Denkmals am 10. September. Bereits in den Tagen zuvor können sich die Besucher ein Bild vom Phänomen „Kulturhäuser“ machen, das Ende der 80er Jahre mit 1.200 Klub- und Kulturhäusern für ein nahezu flächendeckendes kulturelles Angebot in der DDR sorgte.

Margit Jung betonte „die weltweit einmalige Dichte an Kulturhäusern in der DDR“. Zwar sei Verklärung fehl am Platz. „Aber wenn man die Geschichte der Kultur in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR betrachtet, kommt man um eines nicht herum, die kulturelle Entwicklung der Nachkriegszeit war ein beispielhaftes Erfolgsprojekt.“

Der LINKE-Politikerin war es auch deshalb eine besondere Freude, diese Wanderausstellung eröffnen zu können, weil sie als Diplom-Kulturwissenschaftlerin fast 20 Jahre ihres Lebens als Jugendklubleiterin und Kulturhausleiterin – sie begann bereits mit 19 Jahren in Werdau –, sowie als Abteilungsleiterin beim Rat des Bezirkes Gera und als jüngstes Kreistagsmitglied für den Kulturbund der DDR diesen Abschnitt der Entwicklung mitgestaltet hat. „Bereits 1945 haben sowjetische Funktionäre verstanden, mit dem Brot, auch die Kultur zu verteilen, mitten in der auch kulturellen Wüste, die der Nationalsozialismus hinterlassen hatte“,

sagte Margit Jung. Kulturhäuser seien wie Pilze aus dem Boden geschossen, über 1.000 entstanden bereits in den ersten zehn Jahren nach dem Krieg. „Hier entwickelte sich die Volkskunst mit Chören, Tanzgruppen, Fotozirkeln, mit Film und Kultur. Die Häuser waren meistens bei fast freiem Eintritt ausverkauft.“



Auch auf den Bitterfelder Weg kam die Politikerin zu sprechen. Damit sollte 1959 die Symbiose aus Arbeiterklasse und Hochkultur zementiert und die Trennung von Kunst und Leben, die Entfremdung von Künstlern und Volk überwunden werden. „Eine Idee übrigens“, so Margit Jung weiter, „die einige Jahre später, 1979, auch im Westen, etwa vom Frankfurter Kulturdezernenten Hilmar Hoffmann unter dem Slogan ‘Kultur für alle’, formuliert wurde“.

Die Ausstellung spannt den Bogen über die gesamte Republik, fünf Kulturhäuser aus fünf Bundesländern, stellvertretend für über 1.000. Darunter der Kulturpalast Maxhütte Unterwellenborn in Thüringen. „Die meisten sind heute Ruinen, Schandflecke statt

Leuchttürme, die nur der Denkmalschutz vor dem Verfall bewahrt – und über die mache Träne der Kulturschaffenden von damals fließt“, sagte Margit Jung und hatte damit sicherlich die Gefühle manches Gastes getroffen, der sich damals kulturpolitisch engagierte. Die LINKE-Abgeordnete verwies auf einen „Nachwendefehler im Einigungsvertrag“, wo die Übernahme der Kulturstätten, die zu meist den volkseigenen Betrieben gehörten, nicht geregelt war. „Die klammern Gemeinden konnten sich den Kulturbetrieb einfach nicht leisten.“

2013 hat sich übrigens der Verein „Kulturpalast Unterwellenborn“ gegründet. Dank verschiedener Enthusiasten kann der Palast wieder vielfältig genutzt werden.

Die Ausstellung entstand bereits im Jahr 2014 und wurde eröffnet im US-amerikanischen Atlanta in Kooperation mit dem Goethe-Institut. Kuratoren waren Pierre Wilhelm, Peter Goedel und Helga Storck. Pierre Wilhelm, dessen Kulturhaus in Plessa in der Niederlausitz einem Supermarkt Platz machen sollte und das mit prominenter Unterstützung gerettet werden konnte, war zur Ausstellungseröffnung in den Thüringer Landtag gekommen und hatte einen Vortrag über seine Studie und seine Erfahrungen bei der Projektentwicklung des Kulturhauses Plessa gehalten.

Am Donnerstag, den 14. September, findet um 17.00 Uhr im Landtag eine Finissage statt mit dem Dokumentarfilm „An der Saale hellem Strande – Ein Kulturhaus erzählt“. Kurator Peter Goedel steht im Anschluss für ein Filmgespräch zur Verfügung. Er hat in seiner Kindheit und Jugend das Klubhaus „Freundschaft“ der BUNA-Werke aktiv miterlebt. *Annette Rudolph*

VON A BIS Z:

Gleichstellungsgesetz

Mit einem umfangreichen Alternativantrag zum CDU-Antrag zur Novellierung des Landesbehindertengesetzes geht es den Koalitionsfraktionen „um zahlreiche Maßnahmen, die die Situation der Menschen mit Behinderungen im Sinne einer möglichst umfassenden selbstbestimmten Lebensführung weiter verbessern“, so die behindertenpolitischen Sprecherinnen Karola Stange (LINKE), Birgit Pelke (SPD) und Babett Pfefferlein (GRÜNE). Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) schaffe keine Sonderrechte, sondern konkretisiere und spezifiziere die universellen Menschenrechte aus der Perspektive der Menschen mit Behinderungen vor dem Hintergrund ihrer Lebenslagen. Dazu soll das Thüringer Behindertengleichstellungsgesetz novelliert werden.

„Es bedarf einer Kommunikationsstrategie zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, die sich an die Menschen, Unternehmen, Träger der Eingliederungshilfe, Leistungsanbieter und Verbände richtet. Uns ist wichtig, dass die Kommunen unterstützt werden, so dass anspruchsberechtigte Menschen ab Anfang 2018 ein Budget für Arbeit nutzen können und entsprechend informiert werden. Auch soll mittels des Alternativantrages über die Fortschreibung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-BRK berichtet werden und dieser nach dem Kabinettsbeschluss der Landesregierung im Jahr 2018 dem Landtag zur Beschlussfassung zugeleitet werden.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt (jeweils Mittwoch bis Freitag) in der Zeit vom 27. bis 29. September und vom 1. bis 3. November sowie von Dienstag, den 12., bis Freitag, den 15. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Bafög

2015 und 2016 ist die Zahl der Bafög-Empfängenden in Thüringen deutlich gesunken. „Dies belegt nicht den plötzlichen Reichtum der Studierenden, sondern verweist auf die weiterhin deutlich zu geringen Freibeträge“, so MdL Christian Schaft. Daher hatte die LINKE die Problematik in ihrer Aktuellen Stunde am 30. August im Landtag thematisiert. Gerade steigende Mieten in Hochschulen machen den Studierenden zu schaffen. „In der Folge müssen immer mehr neben dem Studium einen oder mehrere Jobs ausüben. „Deshalb braucht es endlich ein elternunabhängiges und rückzahlungsfreies Bafög, welches automatisch an steigende Lebenshaltungskosten angepasst wird“, so Christian Schaft.

Transparenz

Zum jetzt vorgestellten „Kodex über die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung“ erklärte Knut Korschewsky, verantwortlicher LINKE-Abgeordneter für Fragen von Anti-Korruption: „Mit dem Kodex gibt die Landesregierung ein klares Bekenntnis zur Transparenz ab. Ich begrüße insbesondere den Vorstoß, künftig möglichst viele Vergütungen bei Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen mit Beteiligung der öffentlichen Hand offenzulegen. Nur so kann bürgerschaftliche Kontrolle in diese bisher geheime Sphäre Einzug halten.“ Gut sei auch die Reglementierung auf maximal fünf Aufsichtsmandate, wodurch die oft ausufernde ‘Nebenjob-Mentalität’ eingegrenzt wird.

Rasseliste

Alle angehörten Sachverständigen, so die Linksfraktion nach der öffentlichen Anhörung zum Tiergefahrengesetz, befürworten Regelungen, die Gefahren im Umgang mit Tieren vorbeugen. „Dazu gehört jedoch für die übergroße Mehrheit nicht die so genannte Rasseliste, die Hunden einer bestimmten Rasse per se Gefährlichkeit unterstellt“, so Sabine Berninger, stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss. Sachkunde und Hundeführerschein sind die beste Gewähr. Die Einordnung aufgrund der Rassezugehörigkeit zu gefährlichen Hunden beruhe für alle anderen Hunde die Gefahr der Verharmlosung als per se ungefährlich und forciere auch distanzloses Verhalten gegenüber „Familienhunden“.